

1. Vorsitzende

16. August 2007

Pressemitteilung

Der „NRW-Landtagsausschuss für Bauen und Verkehr“ hat sich in seiner Sitzung am 16. August 2007 mit folgendem Thema befasst: **„Belastung durch Nachtflug am Flughafen Köln/Bonn reduzieren“**.

Von vorrangiger Bedeutung bei diesen Beratungen waren wirtschaftliche Überlegungen.

Die von der Ärzteinitiative initiierte epidemiologische Studie vom November 2006 an 809.000 Versicherten im Einzugsgebiet des Flughafens Köln/Bonn hat gezeigt, dass bei Versicherten, die dem nächtlichen Fluglärm ausgesetzt sind, deutlich höhere Verordnungen von blutdrucksenkenden Medikamenten, Herz-Kreislaufpräparaten, Beruhigungsmitteln und Mitteln zur Behandlung von Depressionen erforderlich sind.

Dieses Studienergebnis lag den Ausschussmitgliedern bei ihrer Entscheidung vor.

Obwohl die Feststellungen der epidemiologischen Studie deutlich in Richtung „Gesundheitsschädigungen durch nächtlichen Fluglärm“ weisen, waren diese wissenschaftlichen Erkenntnisse offensichtlich von nachrangiger Bedeutung, bei den meisten Ausschussmitgliedern vermutlich sogar irrelevant.

Im Meinungsbildungsprozess der meisten Volksvertreter auf NRW-Landesebene spiegelt sich demzufolge nicht mehr angemessen wider, dass auch dort der verfassungsrechtlich garantierte Anspruch der Bürger auf gesundheitliche Unversehrtheit stets mit höchster Wertigkeit zu respektieren ist.

Dass zudem die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts von 2006 mit der Aufforderung zur Reduktion, wenn nicht gar Vermeidung von Nachtflugverkehr, „außen vor geblieben“ ist, spricht für ein nachdenklich stimmendes „Demokratieverständnis“.

Ehrenamtliches und bürgerdienliches Engagement sollten nicht mehr eingefordert werden, wenn tradierte, aber von der Sache her revisionsbedürftige Machtstrukturen letztlich bestimmen können, wo es lang zu gehen hat.